

BSW-Solar

Deutschland muss gegensteuern

[26.11.2013] Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) hat einen Appell an die künftige Bundesregierung gerichtet: Die Energiewende müsse konsequent fortgesetzt werden.

Die Solarbranche in Deutschland appelliert an die Politik, die Energiewende im Stromsektor konsequent fortzusetzen und im Wärmesektor einzuleiten. Dies ist die zentrale Forderung eines Energiewende-Appells, der von der diesjährigen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) verabschiedet wurde. „Der Photovoltaik-Markt ist seit der massiven Fördereinschnitte im letzten Jahr um mehr als 60 Prozent eingebrochen“, sagt Günther Häckl, Präsident des BSW-Solar. Die Bundesregierung müsse jetzt dringend gegensteuern. „Deutschland kann sonst seine Klimaschutzziele nicht erfüllen.“ Die Solarwirtschaft appelliert an die Parteispitzen von SPD und Union, den gegenwärtig starken Rückwärtstrend in der Marktentwicklung von Solartechnik durch geeignete Investitionsimpulse und verlässliche Rahmenbedingungen zeitnah zu stoppen und in ein nachhaltiges Wachstum umzukehren. Laut BSW-Solar dürfe die Eigenstromversorgung von privaten und gewerblichen Verbrauchern auf Basis von Solarstrom und Solarwärme nicht durch ungerechtfertigte Steuern, Abgaben oder sonstigen Barrieren behindert werden. Zudem stagniere der Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmebereich schon seit Jahren. „Der Energiemarkt muss auf eine bedarfsgerechte und flexible Energieversorgung mit wachsenden Erneuerbare-Energien-Anteilen ausgerichtet werden mit fairen Spielregeln und klarer Vorfahrt für Erneuerbare Energien“, so Häckl.

(ma)

Zum Energiewende-Appell des BSW-Solar (PDF, 53 KB)

Stichwörter: Politik, Photovoltaik, Solarthermie